

Beschlüsse des LER, Auswahl, Stand Januar 2016

LER unterstützt Bündnis für Brandenburg

Der LER hat auf seiner Sitzung am 9.1.2016 ohne Gegenstimme beschlossen, das "Bündnis für Brandenburg" zu unterstützen. Ziel des Bündnisses ist das Gelingen der "Integration der zu uns geflüchteten Menschen".

Weiter Informationen über das Ende November 2015 gegründete Bündnis für Brandenburg über diesen Verweis: <http://buendnis-fuer-brandenburg.de/> .

Schulpsychologen gegen Regionalisierung

Der Verband der Schulpsychologen hat sich gegen Pläne ausgesprochen, die Schulpsychologie zukünftig den Kreisverwaltungen zu unterstellen. Der Verband befürchtet einen Verlust an Unabhängigkeit und eine Gefährdung der notwendigen finanziellen Unterstützung.

Er fordert die Beibehaltung der bisherigen Fachaufsicht durch das Ministerium.

Der LER hat auf seiner Sitzung am 9.1.2016 zwei Vertreterinnen des Verbandes angehört und das Thema beraten. Er **bekräftigt die Forderung nach Verbesserung der Versorgung mit Schulpsychologen und hält die Unabhängigkeit und ausreichende materielle Unterstützung der schulpsychologischen Arbeit vor Ort für unabdingbar**. Der LER wird sich in naher Zukunft noch genauer mit den Plänen befassen und dann ggf. eine Position formulieren.

Aufarbeitung der DDR-Geschichte

Der LER unterstützt die Arbeit der Beauftragten und empfiehlt allen Eltern, über die Eltern- und Fachkonferenzen entsprechend mitzuwirken. Aufarbeitung der DDR ist im Übrigen nicht nur Thema des Geschichtsunterrichts, sondern kann auch in anderen Fächern stattfinden. (18.4.2015)

Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte findet nach der Erfahrung des LER in vielen Schulen gar nicht oder nur in geringem Umfang statt. Deshalb haben wir Frau Ulrike Poppe am 18.4. eingeladen. Sie ist "Beauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur".

In ihrem Vortrag hat sie dargelegt, wie unterschiedlich ehemalige Bürger der DDR, auch Lehrkräfte, mit der Vergangenheit umgehen. So gibt es immer noch Pädagog(innen), die keine klare Trennung zwischen Diktatur und Demokratie ziehen. Sie hält es für geboten, bei der Aufarbeitung zwischen dem System und der Lebensleistung der Menschen zu unterscheiden.

Im Unterricht empfiehlt sie, die Schüler(innen) nicht mit Ergebnissen zu konfrontieren, sondern mit entdeckendem Lernen eine eigene Meinung bilden zu lassen.

Ihre kleine Behörde bietet den Schulen Unterstützung an:

Flyer, eine App, Wanderausstellungen zum Mauerau und zum 17. Juni, (Jugend-)Bücher zu verschiedenen Themen, Projekt Mauerradtour, Hilfe bei Projekten oder Themenwochen.

Kontakt: silvana.hilliger@lakd.brandenburg.de



Pressemitteilung mit Beschluss des LER: Stellungnahme zu den Rahmenlehrplänen

[2015 03 23 PM Rahmenlehpläne.pdf](#)

PDF-Dokument [249.5 KB]

Beitragsfreie Kitas

Der LER setzt sich für beitragsfreie Kitas ein. (Beschluss vom 7.3.2015)

Nach einem Vortrag von Annett Heidebrunn (BI beitragsfreie Kita) und Diskussion hat der LER beschlossen, sich für die Beitragsfreiheit von Kitas einzusetzen und eine Vertreterin der Initiative als Ständigen Gast aufzunehmen. Dabei ist dem LER bewusst, dass eine Kostensteigerung von 80 auf 180 Millionen Euro eine Belastung für den Haushalt darstellt und ggf. schrittweise erfolgen muss.

Hier eine Begründung der Initiative:

"Die Bürgerinitiative fordert zunächst ein Recht auf Mitbestimmung durch die Einrichtung eines Landeselternkitasprechers.

Die Träger, insbesondere die Kommunen müssen bei der Umsetzung des KitaG kontrolliert werden. Viele Gebührensatzungen entsprechen nicht den Vorgaben des KitaG und Gebühren werden überhöht festgesetzt. Die angesetzten gebührenfähigen Kosten sind nicht transparent und nachvollziehbar.

Die Elternbeiträge sollen sozialverträglich sein! In fast 70% aller bekannten Satzungen werden die unteren und mittleren Einkommen immer stärker zu Kasse gebeten als es die oberen Einkommen trifft. Mehrkindfamilien werden nur unzureichend berücksichtigt.

Wir fordern Beitragsfreiheit! So soll zunächst ermöglicht werden, dass Familien für ein zweites Kind entlastet werden und daher ab dem 2. Kind die Gebühren abgeschafft werden. Schrittweise fordern wir den vollständigen Abbau aller Kita-Gebühren. Es darf eben nicht sein, dass sich Familien gegen Kinder entscheiden, weil man sich die Kita-Gebühren nicht mehr leisten kann!"

Aufbau einer Kita-Elternvertretung

Der LER unterstützt den Aufbau einer Kita-Elternvertretung und richtet eine Arbeitsgemeinschaft aus Mitgliedern des LER ein, die zusammen mit der BI Beitragsfreie Kitas und dem Bundesverband der Kita-Eltern ein Konzept entwickelt. (Beschluss vom 7.3.2015)

Nach einem Vortrag von Katrin Molkentin und anschließender Diskussion hat der LER beschlossen, einen neuen Versuch zum Aufbau einer Kita-Elternvertretung in Brandenburg aufzubauen. In der Vergangenheit sind ähnliche Bemühungen gescheitert. Jetzt sind die Bedingungen günstiger, da es einen Bundesverband gibt und in Brandenburg schon Ansätze einer Vernetzung existieren.

Früheinschulung

Der LER fordert, dass der Elternwunsch beim Einschulungstermin überall zum Tragen kommt, wie es offenbar schon in Potsdam der Fall ist. Außerdem wird die Verlegung des Termins vom 30.9. auf den 30.6. gefordert. (Beschluss vom 17.1.2015)

[Hintergrundinfos hier](#)

Raumprogrammempfehlungen des MBSJ novellieren!

Der LER möge beschließen:

Das MBSJ wird gebeten, seine Raumprogrammempfehlungen im Hinblick auf die geänderten Bedingungen von Schule (Inklusion, etc.) zu novellieren.

Begründung: Im Verflechtungsraum Berlins sind einige Gemeinden, wie z. B. die LH Potsdam, wegen aufwachsender Schülerzahlen gezwungen, neue Schulen zu bauen. Bei der Prüfung der dafür erforderlichen Kredite, verweist die Kommunalaufsicht auf die Raumempfehlungen des mbjs aus dem Jahr 2003. Will der Schulträger unter diesen Bedingungen zeitgemäße räumliche Voraussetzungen erfüllen, die über die veralteten Empfehlungen hinaus gehen, werden dafür benötigte Kredite von der Kommunalaufsicht abgelehnt. Mit der Folge, dass z. B. Potsdam neue Schulen baut, in denen die baulichen Voraussetzungen für Inklusion nicht berücksichtigt werden dürfen. Es sind daher nicht nur in Hinblick auf die räumlichen Anforderungen an Inklusion an Schulen die veralteten Raumempfehlungen gem. den veränderten Anforderungen zu novellieren.

Dieser Antrag an den LER wurde vom KER Potsdam beschlossen und vom LER am 22.11.2014 angenommen.



Der LER unterstützt die [Forderungen des Landesfachverbandes Medienbildung](#) Brandenburg (Beschluss vom 29.3.2014)



Pressemitteilung zum Thema, Beschluss des LER vom 29.3.2014
[2014 03 29 PM Politiker an Schulen.pdf](#)
PDF-Dokument [314.9 KB]

Beschluss des Landesrates der Eltern Brandenburg am 29.3.2014

Pressemitteilung zu Politiker an Schulen

Brandenburgisches Ministerium für Bildung, Jugend und Sport ignoriert Elternwillen.

Politische Bildung muss auch künftig einen hohen Stellenwert an den Schulen im Land haben. Die Elternverbände fordern jedoch die Beibehaltung des bisher geltenden Besuchsverbots für Politiker an Schulen während des Wahlkampfes. Die dafür geltende 6-Wochenfrist verhinderte bisher wirksam, dass in der heißen Phase des Wahlkampfes parteipolitische Werbung an Stelle von politischer Bildung treten konnte.

Wenn das Ministerium nun diese Frist abschafft und künftig den Schulkonferenzen die Entscheidung überlassen will, schulbezogene Fristen festzulegen, wird ohne jede Notwendigkeit eine Hürde hierfür nahezu beseitigt. Deshalb hat sich der Landesrat der Eltern des Landes Brandenburg durch Beschluss mehrheitlich gegen die Abschaffung der Frist ausgesprochen. Dieses Votum wird vom Ministerium jedoch nicht ausreichend gewürdigt. Wir empfinden dies als grobe Missachtung des höchsten Gremiums der Eltern im Land Brandenburg.

Der Landesrat der Eltern des Landes Brandenburg fordert daher das Ministerium auf, diese Entscheidung unverzüglich zu revidieren und unsere Kinder – gerade auch wegen des bei den kommenden Kommunal- und Landtagswahlen geltenden Wahlrechts ab 16 Jahren – auch weiterhin vor möglichen kurzfristigen politischen Manipulationen zu schützen. Schule ist ein geschützter Ort des Lernens an dem kein Platz für parteipolitische Beeinflussung vor Wahlen sein darf!

Wir empfehlen allen Eltern, das Thema in den Elternkonferenzen zu diskutieren und gegebenenfalls über die Schulkonferenz entsprechende Fristen zu setzen, in denen keine Veranstaltungen mit Parteipolitikern durchgeführt werden. Wahlkampfbezogene Veranstaltungen sollen nur mit Zustimmung und Beteiligung der Elternschaft durchgeführt werden.

Beschluss des Landesrates der Eltern Brandenburg am 29.3.2014

Kontakt: Wolfgang Seelbach

wolfgang.seelbach@t-online.de ,

<http://www.landesrat-der-eltern-brandenburg.de/>

Im Wahlkampf sollen keine Politiker in die Schulen

Der LER hat sich nach Diskussion am 30.11.2013 dafür ausgesprochen, die VV Schulbetrieb beizubehalten. Die Mitglieder des LER halten die politische und demokratische Bildung auch in der Schule durchaus für wichtig, sehen aber in der heißen Phase des Wahlkampfs die Neutralität und Ausgewogenheit in Gefahr.

Einen ähnlichen Mehrheitsbeschluss fasste der LSB nach kontroverser Diskussion.

Der LER hat am 22.2. mehrheitlich mit 11:14 Stimmen bei einigen Enthaltungen dagegen gestimmt, dass die Schulkonferenzen Ausnahmen beschließen dürfen und folgender Satz in die VV unter 12(4) aufgenommen wird: **“Ausnahmen sind nur durch einen jeweiligen Beschluss durch die jeweilige Schulkonferenz zulässig.”**

Hintergrund: Im Vorfeld der Wahlen 2014 fordern Politiker aller Fraktionen, die VV Schulbetrieb zu ändern, die vorsieht, dass Politiker sechs Wochen vor den Wahlen Schulen nicht besuchen sollen. Im Bildungsausschuss haben die Parteien beschlossen, dass diese Regelung geändert werden soll.

Inzwischen hat die Bildungsministerin angekündigt, dass die Schulkonferenzen in Zukunft über entsprechende Fristen entscheiden sollen. Mehr unter [Themen - Politiker an Schulen](#).

Pressemitteilung vom 1.12.2013 zu den Bewertungsänderungen bei der ZVA6 Vergleichsarbeiten sollen der Unterrichtsverbesserung dienen!

Die nachträgliche Bewertungsänderung der zentralen Klassenarbeit im 6. Jahrgang der Grundschule

(ZVA6) hat zu Irritationen in der Elternschaft geführt. Während in einigen Klassen die Arbeit überdurchschnittlich ausgefallen ist, war das Ergebnis in anderen Klassen bis zu 2

Notenstufen unter

dem üblichen Leistungsstand der Klasse. Viele Eltern haben den Eindruck, dass diese zentrale Klassenarbeit weniger über die Reife des Schülers sondern mehr über die Art der Vorbereitung im

Unterricht durch die Lehrkraft aussagt. Die ZVA6 („Grundschulabi“) ist jedoch Teil des Übergangsverfahrens in die weiterführenden Schulen und entscheidet zu 20% darüber mit, ob das

Kind aufs Gymnasium kommt oder nicht.

Die nachträgliche Aufweichung der Bewertungskriterien wäre vermeidbar gewesen, wenn es eine differenzierte Bewertung der Aufgaben gegeben hätte. Im Gegensatz zur sonst üblichen Korrekturweise gibt es bei der ZVA6 in Deutsch Bewertungspunkte nur für vollständig richtige Lösungen. Ein kleiner Flüchtigkeitsfehler führt schon zu null Punkten für die ganze Aufgabe. Damit scheint Zufall und Willkür Tür und Tor geöffnet, es entsteht ein Gefühl von Ungerechtigkeit. In Fachkonferenzen, Elternversammlungen und Briefen an das Ministerium wurde schon 2008 auf diesen Missstand hingewiesen – in Deutsch leider ohne Erfolg.

Der Verdacht wird bestätigt, dass diese Prüfung seinerzeit vor allem eingeführt wurde, um den Zugang zum Gymnasium zentral steuern zu können. So hätte die ursprünglich festgelegte 40%-Gewichtung hätte gar nicht sein dürfen, denn angesichts der 60% sonstigen Leistungen blieb rein rechnerisch für die 2. Klausur kein Gewicht mehr übrig. Erst nach Jahren unter starkem öffentlichen Druck insbesondere der Elternschaft wurde dieser Fehler geheilt und die Gewichtung auf 20% herabgesetzt.

Inzwischen erkennen auch diejenigen, die die Abiturquote senken wollen, dass die ZVA6 ein untaugliches Mittel ist. Nur bei 0,5% der Prüflinge führte die zentrale Klassenarbeit zu einer Verschlechterung der Note.

Der Landesrat der Eltern Brandenburg (LER) begrüßt die geplante Abschaffung der ZVA6 in dieser Form, betont aber, dass Vergleichs- und Orientierungsarbeiten sinnvoll sind, wenn sie der Verbesserung der Unterrichtsqualität dienen.

Vorstand des Landesrates der Eltern, 1.12.2013



Pressemitteilung des LER-Vorstands
[PM zu Bewertungsänderung ZVA6.pdf](#)
PDF-Dokument [203.1 KB]

Heiße Phase des Wahlkampfs soll nicht in der Schule stattfinden.

Bisher war es Politikern in der heißen Phase des Wahlkampfs sechs Wochen vor der Wahl nach einer Richtlinie des Ministeriums nicht erlaubt, in den Schulen aufzutreten. Anlässlich der aktuellen Forderungen aus der Politik nach einer Öffnung der Schulen spricht sich der LER nach Diskussion am 30.11.2013 dafür aus, die bisherige Regelung beizubehalten. Die Mitglieder des LER halten die politische und demokratische Bildung auch in der Schule durchaus für wichtig, sehen aber in der heißen Phase des Wahlkampfs die Neutralität und Ausgewogenheit in Gefahr. Podiumsdiskussionen und andere Veranstaltungen sollten außerhalb der Schule stattfinden, so die weitaus überwiegende Haltung im LER.

Anmerkung: Inzwischen haben Bildungspolitiker klargestellt, dass sie lediglich auf Beschwerden aus den Schulen reagiert haben. Im Wahlkampf wurden seitens des Ministeriums zwei Veranstaltungen von Schulen untersagt, zu denen Schüler Politiker eingeladen hatten. Mehr zur Problematik siehe Thema [Politiker in Schulen](#) .

Schülerfeedback

Beschluss des LER am 17.11.2012

„Nur wenige Lehrkräfte nutzen bisher die Möglichkeiten des Feedbacks durch die Schülerschaft zur Unterrichtsqualität. **Wir fordern eine jährliche verbindliche Selbstevaluation der Lehrkräfte** in einem Kurs oder einer Klasse ihrer Wahl. Dabei ist das Portal ISQ einzubeziehen.“

Begründung: Der Landesrat der Eltern hält es für eine Selbstverständlichkeit, dass die Lehrkräfte Anregungen und Bewertungen durch die Schülerschaft regelmäßig in die Planung und Verbesserung des Unterrichts einbeziehen. Das sehen wir leider in den Schulen zu selten. Selbstevaluation und auch die Nutzung des genannten Portals findet im Unterricht nur wenig statt. Der Landesrat der Eltern hat darüber beraten und fordert mehr Verbindlichkeit.

Ein ähnlich lautender Antrag wurde auch im LSB beschlossen.

Stellungnahme des Landesrates der Eltern Brandenburg (LER) zum sogenannten Einstellungsrekord an Lehrkräften im August 2012:

"Unter der Überschrift „Einstellungsrekord“ verbreitet das Bildungsministerium die Nachricht, dass jetzt 450 neue Lehrkräfte eingestellt werden. Dabei waren ursprünglich 100 bis 200 vorgezogene Einstellungen mehr eingeplant, um der absehbaren Knappheit an Lehrpersonal zu begegnen.

Der Landeselternrat ist enttäuscht darüber, dass die Einstellungen nicht zukunftsorientiert sind und gerade mal den vorhandenen Bedarf abdecken. Damit ist wieder eine Chance vertan, den hohen Unterrichtsausfall zu senken und eine Vorsorge für die nächsten Jahre zu treffen, in denen viele Lehrkräfte den Dienst aus Altersgründen beenden werden.

Wolfgang Seelbach, Sprecher des LER"



Geschäftsordnung des LER

[LER GeschO.pdf](#)

PDF-Dokument [251.8 KB]